

# Ein Aufbruch nach »ganz unten«

## Die Kirche in einer gespaltenen Welt

Der Autor ist Theologe und Sozialwissenschaftler. Er ist Assistent am Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/M. Das folgende Impulsreferat hielt er auf der Delegiertenversammlung des Netzwerkes »Initiative Kirche von unten« vom 21.-23. Oktober 1994 in Eschborn.

Da es um den Aufbruch einer kirchlichen Initiative, zumindest aber um eine Initiative von ChristInnen gehen soll, darf ich vielleicht theologisch einsetzen: **Jesus** und seine ersten JüngerInnen nachfolgend leben ChristInnen in der Hoffnung auf das von Gott her zukommende und in der Geschichte der Menschen daher angebrochene Heil. Dieses Heil wird zuvorderst erzählt. Christliche Theologie, wie auch christliche Glaubenspraxis wird sich daher immer wieder und immer wieder neu an Erzählungen des »Heils-von-Gott-her« (Schillebeeckx) orientieren, vor allem aber an den biblischen Erzählungen von und über Jesus. Gleichwohl machen diese Erzählungen nicht zu allen Zeiten gleichermaßen Sinn, vielmehr bestimmen die jeweils aktuellen Situationen wesentlich mit, welche der Geschichten jeweils aktuell von Gottes Heil überzeugend erzählen können.

Insbesondere mit einem der Gleichnisse Jesu konnten bundesdeutsche ChristInnen eigentlich herzlich wenig anfangen, nämlich mit dem von **Lukas** überlieferten *Gleichnis vom armen Lazarus* (Lk 16, 19-31): Vor den Türen eines Reichen liegt der arme Lazarus; obgleich hungrig und krank erhält er nicht einmal die Brosamen von den opulenten Mahlzeiten des Reichen. Lazarus und den Reichen trennen Welten, wie es besonders in der Umkehrung ihrer Lebenslagen deutlich wird, die das Gleichnis für die kommende Gottes-herrschaft in Aussicht stellt. Während Lazarus nach seinem Tode in Abrahams Schoß

zum Heil kommt, muß der Reiche in der Unterwelt qualvoll leiden, weil er – so die Auskunft des unbarmherzigen Abrahams – schon zu Lebzeiten seinen Anteil am Heil erhalten hat. Was für die Armen eine »frohe Botschaft« ist, muß offenkundig die Reichen eher beunruhigen.

Jedoch traf die erzählte Situation offenkundig nicht die Situation der zweiten deutschen Republik. Zwar wurden in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte soziale Differenzen nicht abgebaut, gleichwohl wurden sie dadurch relativiert, daß alle Bevölkerungsteile an dem kontinuierlich wachsenden Wohlstand beteiligt wurden. Diese Entwicklung der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft faßt der Soziologe **Ulrich Beck** in dem Bild des kontinuierlich steigenden Fahrstuhls: Ohne die Differenzen in der Kabine zwischen »oben« und »unten« abzubauen, bedeutet »unten« im fünften Stock offenkundig etwas ganz anderes als »unten« im Erdgeschoß. Auf ihrer Fahrt nach oben hat die bundesdeutsche Wohlstandsgesellschaft alle Bevölkerungsteile mit nach »oben« genommen, so daß alle – wenngleich unterschiedlich – an den Wohlstandsgewinnen partizipieren konnten.

Durch die Fahrt nach oben hat sich der Abstand der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft von den Kabinen der sogenannten »Entwicklungsländer« offenkundig vergrößert, da es nur wenigen »Schwellenländern« gelungen ist, an die Wohlstandsentwicklung der westlichen Industriegesellschaften anzu-

schließen. Trotz gegenteiliger entwicklungspolitischer Vorsätze wurden in den letzten Dekaden die Lebens- und Entwicklungschancen in der »one world« nicht angeglichen, sondern hat sich in den meisten Fällen das Wohlstandsgefälle zwischen den »Entwicklungsländern« und den westlichen Industrieländern weiter vergrößert: Die reichsten und zumeist im Westen lebenden 20% der Weltbevölkerung verfügen inzwischen über mindestens das 150-fache des Einkommens, mit dem die ärmsten und zumeist im Süden beheimateten 20% ihr Überleben sichern müssen. Doch auch nach »außen« will das Bild des lukanischen Gleichnisses nicht so recht passen: Findet zwar das globale Wohlstandsgefälle in der Erzählung eine Entsprechung, lebten die Menschen in der Bundesrepublik gleichwohl nicht in der Art des den armen Lazarus übergehenden Reichen. Ihre entwicklungspolitische Verantwortung hat die zweite deutsche Republik prinzipiell anerkannt und ist ihr – im internationalen Vergleich – auch recht gut nachgekommen. Insbesondere die bundesdeutschen Großkirchen haben bereits seit Ende der 50er Jahre zahlreiche Initiativen unternommen, den eigenen Wohlstand zu teilen und den in dieser Welt von Elend und Armut betroffenen Menschen zu helfen. Also auch in der Beziehung zu den armen Ländern dieser Welt hatte das lukanische Gleichnis in der Bundesrepublik nur eine paränetische Bedeutung, bildreich an die entwicklungspolitische Verantwortung zu erinnern, die prinzipiell von niemandem bestritten wurde (und wird).

### **I. Armut in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft**

Die in der Bundesrepublik etablierte politische Klasse will uns gegenwärtig glauben machen, daß sich in den letzten Jahren an der bundesdeutschen Fahrstuhlfahrt nach »oben« wenig mehr geändert habe, als daß die Wohlstandsentwicklung – bedingt durch die deutsche Einigung – für ein paar Jahre pausiert, der »Fahrstuhl« allenfalls um einige Zentime-

ter gesackt ist. Innen- und sozialpolitisch sei Armut jedenfalls kein relevanter Sachverhalt und also auch kein Anlaß für eine kontinuierliche und seriöse Armutsberichterstattung. Doch bereits wenig sensible Zeitgenossen sind schnell vom Gegenteil überzeugt: Auch ohne regierungsamtliche Anerkennung leben in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft, oder besser innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik zunehmend mehr Arme. Passanten in den Einkaufsmeilen der Großstädte begarwöhnen Obdachlose und jugendliche Cliquen, die dort ihren »Lebensmittelpunkt« suchen, wo andere ihren Einkauf genießen wollen; BürgerInnen müssen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Kommunen wegen steigender Sozialausgaben anderen kommunalen Aufgaben nur noch schwer nachkommen können; kirchliche Gemeinden werden wieder häufiger »in letzter Not« um Hilfe angegangen. Seriösen Untersuchungen zufolge ist die Anzahl der Armen in den letzten beiden Jahrzehnten auf 7,5% der Gesamtbevölkerung gestiegen. Wird die Armutsgrenze nicht bei der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, sondern etwas darüber, nämlich bei 60% dieses Einkommens gelegt, liegt die Armutsrate sogar bei 12%. Ein großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung lebt also in Armut. Um im Gleichnis des *Lukas-Evangeliums* zu sprechen: Der arme Lazarus liegt vor unseren Türen, vor den Türen der bundesdeutschen Wohlstandsbevölkerung. Er lebt insbesondere in der Gestalt von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, von Personen ohne Schul- oder Berufsabschluß und von Arbeitern, vor allem aber in der Gestalt von AusländerInnen.

Im Vergleich des jeweils pro Kopf der Bevölkerung erwirtschafteten Bruttosozialprodukts nimmt die bundesdeutsche Gesellschaft weltweit auch weiterhin eine führende Stellung selbst unter den großen Industriegesellschaften ein. Die Bundesrepublik gehört ohne Zweifel zu den reichsten Gesellschaften dieser Erde, erwirtschaftet und beansprucht also einen überproportional großen Anteil am weltweit verfügbaren »Reichtum der Nationen«. Einem relevanten Bevölkerungsteil wird

jedoch sein Anteil an dem in der Bundesrepublik verfügbaren Reichtum vorenthalten. Ohne ausreichendes Einkommen leben viele in Armut und damit in einer Situation, die für die Bevölkerungsmehrheit gänzlich unbekannt und letztlich unverständlich ist.

Die in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch angestiegene Armut ist vor allem eine Folge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit, die die Bundesrepublik seit Ende der siebziger Jahre prägt. Diese Arbeitslosigkeit ist durch verschiedene strukturelle Faktoren verursacht, vor allem durch den technisch bedingten Anstieg der Produktivität und durch die zunehmende Integration der bundesdeutschen Volkswirtschaft in die globalen Märkte. In der Folge hat sich die Beschäftigung vom konjunkturellen Verlauf der bundesdeutschen Wirtschaft abgelöst. Statt daß Beschäftigungsdefizite in den wirtschaftlichen Aufschwungsphasen behoben wurden, hat sich der Sockel an Arbeitslosigkeit nach jedem Konjunktur einbruch vergrößert und die Situation einer massenhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit verfestigt. Dabei hat sich für viele der davon Betroffenen ihre Erwerbs- und Arbeitslosigkeit als individuelles Dauerschicksal verfestigt. Als Langzeitarbeitslose werden sie aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt und erhalten immer weniger eine Chance, jemals von »*ge-regelter Arbeit*« und einem »*geregelten Einkommen*« zu leben.

Weil es in der jungen Bundesrepublik – in der Situation des dauerhaften Wachstums und der Vollbeschäftigung – sozialpolitisch darum ging, die Beschäftigten und ihre Familien vor sozialen Risiken (vor allem Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter) abzusichern und dabei ihren erworbenen Lebensstandard zu sichern, wurde der bundesdeutsche Sozialstaat auf die Erwerbsarbeit hin ausgerichtet. So werden die Rechte auf alle attraktiven Sozialleistungen durch die Erwerbsarbeit erworben, und die Höhe dieser Sozialeinkommen bestimmt sich durch den vorausgehenden Arbeitserwerb. Lediglich für atypische Fälle wurde mit der Sozialhilfe ein untergründiges Auffang- und Hilfeinstrument geschaffen, um Menschen »*in besonderen Lebenslagen*« zu unter-

stützen bzw. in Fällen außergewöhnlicher Not »*Hilfe zum Lebensunterhalt*« zu gewähren. An der Struktur des bundesdeutschen Sozialstaats hat sich über die Jahrzehnte nichts geändert; verändert haben sich aber die sozialpolitischen Ausgangsvoraussetzungen. So verfehlen – vor allem in Folge ihrer dauerhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit – immer mehr Menschen die Zugangs- und Leistungsvoraussetzungen der sozialen Sicherungssysteme, fallen also durch das komfortable »*soziale Netz*« hindurch – und in die Sozialhilfe hinein. Derart verlängert der bundesdeutsche Sozialstaat die Ausgrenzungen auf dem Arbeitsmarkt wie auch die unterschiedlichen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt (durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedrigeinkommen) in randständige Lebenslagen, in Unterversorgung und Armut also.

Die Zahl der Menschen, die von den Sozialämtern ihrer Kommune »*Hilfe zum Lebensunterhalt*« erhalten, hat sich seit den siebziger Jahren verdreifacht und liegt damit bei etwa drei Millionen. Insgesamt zahlen die bundesdeutschen Gebietskörperschaften über 4,85 Millionen Menschen Sozialhilfen aus. Sozialhilfebezug ist zwar noch kein hinreichendes Anzeichen für Armut, aber ein wichtiger Hinweis - vor allen Dingen, wenn für die Betroffenen die Sozialfürsorge zum Normal-einkommen auf Dauer wurde. Schätzungen zufolge sind davon bereits 10 bis 20% aller Sozialhilfeempfänger betroffen. Deren »*Hilfe zum Lebensunterhalt*« räumt ihnen keineswegs die Lebenschancen ein, die auch nur annähernd mit denen vergleichbar wären, die für die Bevölkerungsmehrheit mit mindestens durchschnittlichen Monatseinkommen selbstverständlich sind.

Armut hat viele Gesichter und im einzelnen auch verschiedene Ursachen; in einem gleichen sich die Lebenslagen der Armen aber: Im Vergleich zu den Selbstverständlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit sind sie unterversorgt. Unterversorgung äußert sich primär in minderen Einkommen, die wiederum nicht nur die materielle Situation der Betroffenen (vor allem Wohnung, Nahrung und Bekleidung) beeinträchtigen, sondern darüber

hinaus auch ihre persönlichen Entwicklungs- und sozialen Partizipationschancen drastisch beschneiden. Die Beeinträchtigung der materiellen Lebenssituation wird in der Wohnungsarmut besonders deutlich, daß also zunehmend mehr Menschen aus dem freien Wohnungsmarkt herausgedrängt werden, viele von ihnen sogar ohne jedes Obdach bleiben. Bei Kindern und Jugendlichen werden dagegen die Entwicklungs- und Partizipationschancen besonders nachhaltig beschädigt, die – weil unter Bedingungen der Unterversorgung aufwachsend – ohne Qualifikationen bleiben, die für die Gleichaltrigen »aus gutem Hause« selbstverständlich sind.

Die von Armut betroffenen Menschen müssen ihre Unterversorgung individuell meistern: das tägliche Essen und die tagtägliche »Frei«zeit, für die Nacht ein »Dach über dem Kopf« und für den Winter warme Kleidung, manchmal gar Ratenzahlungen für Konsumartikel, die schon längst gepfändet wurden. Doch so sehr sich die Betroffenen auch bemühen: In dem Maße, wie ihre Armut andauert, verschwinden sie aus den sozialen Räumen und Zusammenhängen, die für die Bevölkerungsmehrheit normal sind und deshalb auch die bundesdeutsche Wohlstandsgesellschaft bestimmen. An dem normalen Leben können sie nicht mehr teilnehmen, nicht nur weil ihnen das Geld für Fahr- und Eintrittskarten, für das Bier beim Kegelaabend und für den *Spiegel* oder *Kicker* fehlt. Oftmals ertragen sie auch den Kontakt zur Wohlstandsgesellschaft nicht mehr, führt ihnen doch der Wohlstand der anderen eine Welt vor Augen, der sie nicht mehr angehören, die sie – resigniert oder frustriert – auch nicht mehr erreichen wollen.

Andererseits verweigert die Bevölkerungsmehrheit den Armen auch jegliche Aufmerksamkeit: Mit dem aufregenden, gleichwohl aber auch ungemein riskanten Leben im Wohlstand vollauf beschäftigt, erscheint ihnen ihr eigener Wohlstand auch als Ergebnis eigener Leistung. Unterstützt durch das neoliberale Loblied auf die persönliche Freiheit unterstellen viele dann aber häufig im Kehrschluß, daß diejenigen, die aus der geord-

neten und guten Gesellschaft herausfallen, das nicht ohne eigene Schuld tun. Was immer an dieser Schuldzuschreibung im Einzelfall auch »wahr« sein mag, mit dieser Haltung streiten diese WohlstandsbürgerInnen jede soziale Verantwortung für die aus dem Wohlstand herausgefallenen Bevölkerungsteile ab. Doch auch wo diese Solidarität über die Grenzen des Wohlstandes noch nicht verweigert wird, scheint sie den meisten durch die Sozialfürsorge ihrer Kommunen bereits hinreichend gedeckt zu werden. Bestätigen doch nicht zuletzt viele der dafür verantwortlichen Politiker, daß es Sozialhilfeempfängern doch recht gut, wenn nicht gar zu gut gehe. Wenn sich die Bevölkerungsmehrheit also vielleicht noch manchmal daran erinnert, daß es in der Bundesrepublik Arme gibt, wird und will sie aber nur selten davon wissen, wie und wo diese Armen und unter welchen Bedingungen und mit welchen Perspektiven sie leben.

Die Armen kommen daher in der »normalen« Gesellschaft nicht vor, ihre Erfahrungen bleiben unverstanden und ihre Interessen ungeteilt. In dem Maße, wie sie auf Dauer aus der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossen bleiben, wird aber die soziale Einheit dieser Gesellschaft aufgelöst. Die Gesellschaft grenzt die von der Bevölkerungsmehrheit beheimateten Wohlstandszonen von den sozialen Zusammenhängen der Armen ab, wobei das gesellschaftliche Selbstverständnis fast ausschließlich durch den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit bestimmt wird. Und genau auf diesem Weg ist die Bundesrepublik bereits weit »vorangeschritten«: Vor allem in den bundesdeutschen Großstädten spalten sich Wohlstand und Armut zunehmend in unterschiedliche und untereinander kaum noch korrespondierende soziale Zusammenhänge auf.

Die Bevölkerungsmehrheit scheint von dieser gesellschaftlichen Spaltung zu »profitieren«. Indem die Armen in die Unterversorgung abgedrängt und aus dem herrschenden Bewußtsein der Gesellschaft ausgeschlossen werden, bleibt wenigstens ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum unangetastet, werden nämlich die ihren Wohlstand bislang si-

chernden Verfahren und Institutionen weder überdacht noch gegebenenfalls in Frage gestellt. Seitens der Bevölkerungsmehrheit gehen deshalb nur äußerst zaghafte Signale an die Adressen der dafür verantwortlichen Akteure, politisch einzulenken und den von Armut Betroffenen »geregelt« Arbeit und ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Gleichwohl schlägt die zunehmende gesellschaftliche Spaltung auf die Wohlstandsgesellschaft zurück, trifft sie nämlich in ihrem demokratischen Selbstverständnis. Wenn Armutszonen von der »normalen« Gesellschaft abgespalten und Bevölkerungsteile dauerhaft ausgegrenzt werden, nehmen nämlich einerseits die Konfliktthemen zu, wobei die sozialen Konflikte zugleich an Schärfe gewinnen. Auf der anderen Seite werden die Voraussetzungen der demokratischen Bearbeitung dieser Konflikte schleichend abgetragen: In einer gespaltenen Gesellschaft brechen jene Gemeinsamkeiten zusammen, auf deren Basis öffentliche Meinungs- und Willensbildung ausgetragen und gesellschaftlich ausgehalten werden können. Zudem wird die Armutbevölkerung von den gesellschaftlichen Entscheidungen abgeschnitten, nicht zuletzt weil sie auf Grund ihrer minderen Einkommen an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung nicht oder zumindest nicht gleichberechtigt teilnehmen kann. Den ausgegrenzten Bevölkerungsteilen werden also eben nicht nur Lebenschancen, sondern darüber hinaus auch die in der »normalen« Gesellschaft üblichen Teilhaberechte verwehrt. Infolge der gesellschaftlichen Spaltung droht der Bundesrepublik also, daß sie an demokratischer Substanz verliert und in ihrer zivilen Entwicklung blockiert wird.

## **II. Weltgesellschaft und »Zwei-Drittel-Welt«**

Die während der Endphase des Zweiten Weltkriegs in Bretton-Woods skizzierte Utopie eines funktionsfähigen Weltwirtschafts- und Weltwährungssystems hat sich nicht verwirklichen lassen. Dennoch ist seit den 50er Jah-

ren der Außenhandel der westlichen Industrieländer weit mehr als ihr Bruttosozialprodukt gewachsen. Zwar sind die Wachstumsraten des Außenhandels inzwischen erheblich kleiner geworden, aber die nationalstaatlich verfaßten Industriegesellschaften werden zunehmend in die eine Welt grenzenlos zirkulierender Waren, Gelder und Kapitalien integriert. Außerdem wurde der grenzüberschreitende Warenhandel seit den siebziger Jahren, und enorm beschleunigt in den achtziger Jahren, durch die internationale Dimension der Geld- und Kreditmärkte ergänzt. Über den Weltmarkt und dessen Kommunikationssysteme werden die einzelnen Gesellschaften derart eng verknüpft, daß räumliche Distanzen, nationalstaatliche Grenzen und kulturelle Besonderheiten zunehmend an Bedeutung verlieren, die verschiedenen Gesellschaften also in einer gemeinsamen Welt existieren.

Zwar steht dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang bislang kein politisches Gegenstück gegenüber, der – wie der Staat in den westlichen Industriegesellschaften – die weltwirtschaftlichen Aktivitäten politisch begrenzt und reguliert. Gleichwohl liegt auch die sich kontinuierlich ausbildende Weltwirtschaft auf sozialen Zusammenhängen auf, nämlich auf kulturellen, wissenschaftlichen, religiösen oder auch rechtlichen Beziehungen, ohne die marktförmige Kooperationen in der »one world« gar nicht möglich wären. In diesem Sinne besteht tatsächlich eine Weltgesellschaft, die nicht allein in den marktvermittelten Austauschbeziehungen aufgeht, jedoch durch weltwirtschaftliche Aktivitäten vorangetrieben und entscheidend geprägt wird. Diese Weltgesellschaft wird für die Menschen in den verschiedenen Gesellschaften zusehends eine Realität, die ihr Leben bis in die kleinsten Poren ihrer Alltagspraxis betrifft und beeinflusst. Dieser Sachverhalt wird etwa im Bild des »global village« ausgedrückt, in der die Menschen von heute trotz geographischer Distanzen in engen Beziehungen leben müssen, wie dereinst ihre Vorfahren in ihren Dörfern.

Die euphorische Rede von der »one world« will kritischen ZeitgenossInnen angesichts der

Situation vieler Länder und Regionen auf der nördlichen Hälfte dieser »one world« dennoch nicht gelingen. Viele der armen Länder und ganze Regionen dieser Welt werden aus dem »globale village« ausgeschlossen und unfreiwillig von den globalen Beziehungen abgekoppelt. So nähern sich die westlichen Industriegesellschaften gerade bezüglich der ärmsten Länder Schwarzafrikas dem Zustand absoluter Beziehungslosigkeit. Wirtschaftlich gesehen sind die ärmsten Länder für die Weltwirtschaft bedeutungslos, aus den Weltmärkten sind sie ausgeschlossen und tauchen in den Strategien der weltwirtschaftlichen Akteure nicht auf. Dieser weltwirtschaftlichen Ausgrenzung entspricht auf politischer Ebene die Unaufmerksamkeit gegenüber diesen Ländern, die nur durch allergrößtes Elend und durch besonders tragische Verwerfungen unterbrochen wird. Wenn Schwarzafrika plötzlich in einem Loch versänke, – so urteilte im vergangenen Jahr **Erhard Eppler** – würde dies Europa wirtschaftlich kaum berühren und politisch ebensowenig aufwühlen.

Analog zur gesellschaftlichen Spaltung der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft können diese beiden Prozesse, also zunehmende Integration der Gesellschaften zu einer Weltgesellschaft und Ausgrenzung der ärmsten Weltbevölkerung aus der »one world«, als die beiden Seiten einer Medaille begriffen werden: Die Prozesse globaler Integration sind derart eingestellt, daß durch die Vernetzung der Weltbevölkerung zugleich weite Teile der Weltbevölkerung aus der entstehenden Weltgesellschaft ausgeschlossen werden. Die Abkoppelung der betroffenen Weltbevölkerung resultiert also nicht aus dem Ausschluß ihrer Gesellschaften aus der weltökonomischen Dynamik, sondern wird im Gegenteil durch die Art und Weise der globalen Integration ihrer Volkswirtschaften verursacht. Dabei besteht immer weniger ein Wohlstandsgefälle zwischen Ländern, die man dann entsprechend ihrer Wohlstandspositionen katalogisieren könnte. Vielmehr bedeutet die Spaltung der Weltbevölkerung zumeist auch eine Spaltung der Länder, in denen sie leben (müssen). An diesem Prozeß nimmt die

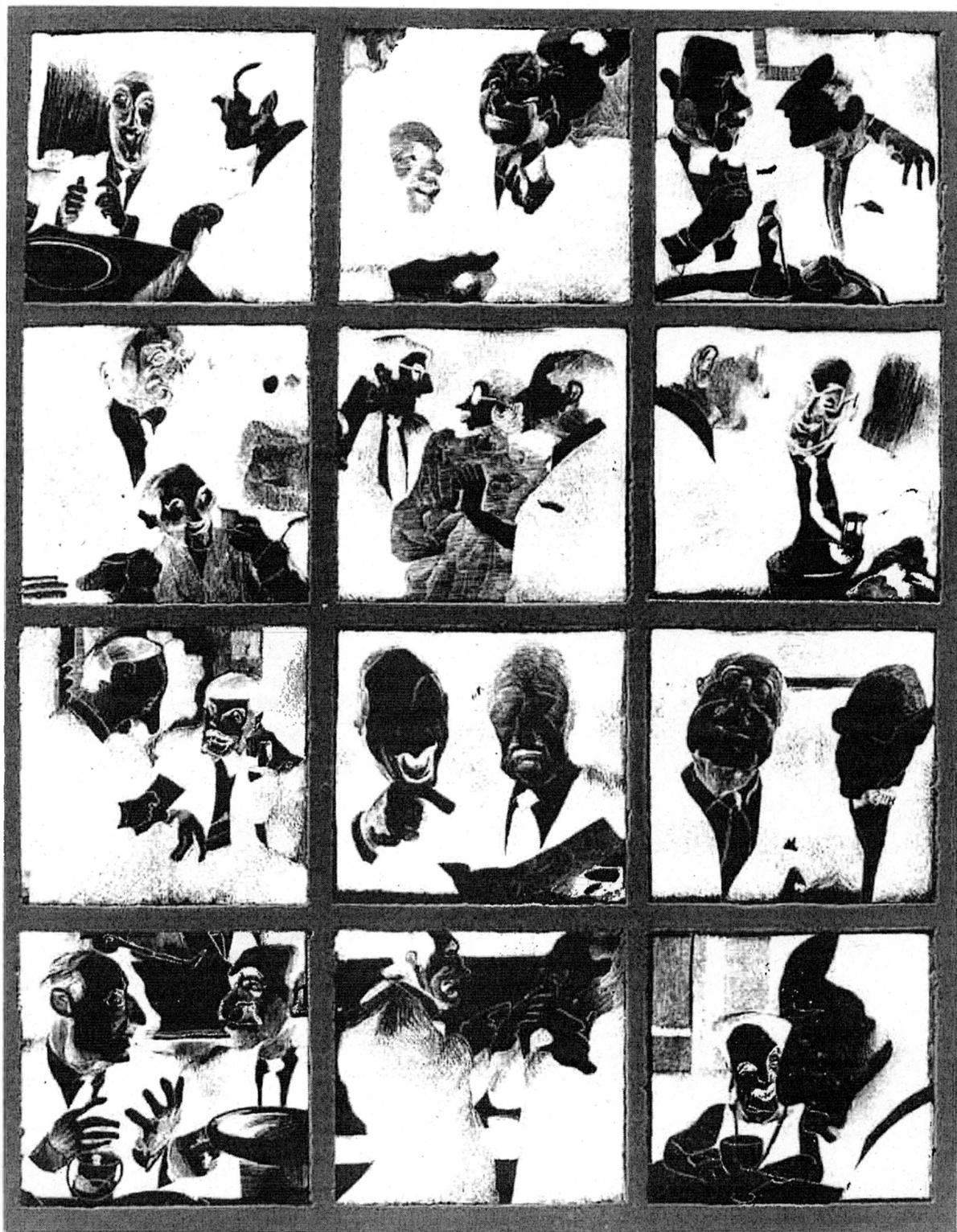
Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre teil, wobei sie aber im Vergleich zu anderen Ländern erst am Beginn ihrer internen Spaltung steht und daher nicht nur die innere Mengerverteilung zwischen Armut und Wohlstand im internationalen Vergleich noch recht »harmlos«, sondern auch die Versorgung der Armen vergleichsweise komfortabel ist.

### III. Gottes universaler Heilswille

ChristInnen sind in jeder historischen Situation und damit immer wieder neu aufgefordert, die »Zeichen der Zeit« zu erkennen, also die theologische Bedeutung ihrer jeweils aktuellen Erfahrungen zu erheben. Auch wenn in der Bundesrepublik die ChristInnen nur selten selbst in Armut leben müssen, sondern mit ihren Kirchen mehrheitlich einen Platz in der Wohlstandsgesellschaft einnehmen, werden sie dennoch durch ihren Glauben genötigt, sich auf die Erfahrungen von Armut und Ausgrenzung einzulassen. Der Gott, dessen Heilzusage in den christlichen Traditionen überliefert wird und an den ChristInnen glauben, hat sich nämlich in besonderer Weise den Armen zugesprochen, was ich vor der **Initiative Kirche von unten** wohl nicht besonders begründen muß.

Der jesuanischen Praxis und Verkündigung vom anbrechenden Gottes Reich verdanken wir ChristInnen vor allem die Hoffnung auf das endgültige Heil, das Gott im Ereignis Jesu Christi allen Menschen zugesprochen und als Vollendung ihrer Geschichte zugesichert hat. Im Gleichnis vom armen Lazarus wird dieses Heil allerdings im Kontrast zur Armut und sozialen Ausgrenzung in der Geschichte der Menschen ausgesagt. Sollte ich mit meiner Analyse einer sich zunehmend spaltenden Gesellschaft auch nur einigermaßen recht liegen, dann widerfährt diesem lukanischen Gleichnis gegenwärtig eine erschreckende Aktualität:

a) Auf der Folie dieses Gleichnisses erscheint soziale Ausgrenzung als eine Verletzung des universalen Heilswillens Gottes. Entsprechend kann die Situation einer sich zu-



Jörg Baltes  
*Für Diane Arbus – Negativ*

nehmend spaltenden Gesellschaft theologisch als »soziale Sünde«, also als eine strukturell verursachte Verletzung des göttlichen Heilswillens gedeutet werden. Dagegen offenbart Gott sein Heil als Erlösung gerade der Armen, die allerdings keineswegs eine Sache allein für das ausstehende »Ende der Geschichte« bleibt. Gottes Heil ist den Menschen vielmehr so nahe, daß es bereits in der Geschichte wirkmächtig ist und durch das Handeln der Menschen Wirklichkeit werden will und kann. Für ChristInnen, die in der Hoffnung auf Gottes Heil leben wollen, wird damit die Option Gottes für die Armen zur praktischen Verpflichtung: Durch die Heilszusage Gottes werden sie beauftragt und zugleich befähigt, das göttliche Heil in der Geschichte zu vergegenwärtigen und daher in Solidarität mit denjenigen, die von Unheil betroffen sind, sich für eine Heilung ihrer geschichtlichen Situation zu engagieren. In diesem Sinne ist politische Praxis, die in Solidarität mit den Armen und Ausgegrenzten gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu überwinden sucht, eine Verpflichtung für ChristInnen und ihre Kirchen.

b) Lukas Gleichnis stellt ein eschatologisches Konzept ausgleichender Gerechtigkeit vor: Für die »Armen« beginnt im Gottes Reich dasjenige Heil, das die »Reichen« bereits in der Geschichte genossen haben. Wenn uns dieses »primitive« Gerechtigkeitskonzept (vielleicht) auch nicht überzeugen kann, sollte dennoch theologisch auch das Bedrohliche dieses Gleichnisses zur Sprache gebracht werden. Offenkundig verpaßt im Gleichnis der Reiche, der sein Leben in Absehung vom Schicksal des armen Lazarus lebt, sein Heil, auf das wir ChristInnen aber als Erfüllung unser aller Leben hoffen. Um unserer Heilshoffnung und entsprechend auch unserer eigenen eschatologischen Identität Willen sind wir also gefordert, Lebenschancen zu »teilen«, also in unserer Geschichte so zu leben, daß wir mit anderen gemeinsam leben.

Armut in der Bundesrepublik resultiert – so wurde oben entfaltet – aus verhärteten Struk-

turen der bundesdeutschen Gesellschaft, die durch ihre Verteilung des verfügbaren Reichtums relevante Bevölkerungsteile mit »Brosamen« abspeist und aus dem gesellschaftlichen Wohlstand ausgrenzt. Die Spaltung der sich zunehmend ausbildenden Weltgesellschaft entsteht aus einem analogen Prozeß: Die Strukturen globaler Integration sind derart eingestellt, daß aus der Weltvergesellschaftung ganze Regionen dieser Welt ausgeschlossen werden. Dabei werden diese Strukturen nicht einmal politisch verantwortet, denn es fehlen auf globaler Ebene politische Institutionen, die den Prozeß globaler Vergesellschaftung steuern und regulieren könnten. Obwohl die notwendigen Ressourcen zur Überwindung von Armut in der Bundesrepublik wie auch auf globaler Ebene vorhanden sind, wird Armut mitsamt ihren persönlichen wie auch sozialen Folgen gesellschaftlich und weltgesellschaftlich in Kauf genommen. Angesichts des verfügbaren Reichtums ist Armut und die sich in ihrer Folge einstellende Ausgrenzung dennoch kein unausweichliches Schicksal, sondern ein politisches Problem, die etablierten Verteilungsstrukturen zu reformieren bzw. sich gleichsam naturwüchsig einstellende Verteilungsstrukturen politisch zu regulieren. Politischer Willen kann also die Spaltung der Menschen in unterschiedliche soziale Räume und Zusammenhänge verhindern bzw. überwinden.

Die zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung in der Bundesrepublik notwendigen Reformschritte sind bereits in den politischen Debatten Ende der 80er Jahre bestimmt worden: Eine ökologisch verträgliche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik muß mit einem »Umbau des Sozialstaates« abgestimmt werden, durch den vor allem eine solide Grundversicherung in das bestehende soziale Netz eingewoben wird. Genauso dringlich steht eine globale Sozialpolitik an, deren Institutionen und Verfahren gleichwohl noch weitgehend unbestimmt sind. Vielleicht wird aber in Vorbereitung des nächstjährigen Weltsozialgipfels einiges an politischer Phantasie mobilisiert, die notwendigen Reformprojekte zu bestimmen.

Eine Reformpolitik gegen die Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft wie der Weltgesellschaft anzutreiben, ist jedoch nicht nur die Sache der politischen Institutionen. Eine solche Reformpolitik wird nämlich nur wahrscheinlich, wenn bei der Bevölkerungsmehrheit die dazu notwendigen Bereitschaften bestehen, die gesellschaftliche und weltgesellschaftliche Spaltung gemeinsam und nach persönlichem Leistungsvermögen anzugehen und zu überwinden. Solche Bereitschaften lassen sich staatlicherseits nicht erzwingen, sondern können nur aus öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen als freiwillige Übereinkunft aller entstehen. Diesen gesellschaftlichen Prozeß anzuregen und darin die häufig überhörte Stimme der Armen und Ausgegrenzten zu vertreten, ist gegenwärtig eine der vornehmsten Aufgaben für ChristInnen und ihre Kirchen.

#### **IV. Der politische Aufbruch der Kirchen**

Indem sich die bundesdeutsche Gesellschaft in eine Wohlstandszone für die Bevölkerungsmehrheit und in abgedrängte Armutszonen aufspaltet, verschwindet diese schleichende Spaltung zugleich aus dem öffentlichen Bewußtsein. In der »normalen« Gesellschaft ist weder das Lebensschicksal der Armen präsent, noch deren Ausgrenzung aus dem für alle anderen selbstverständlichen Wohlstand. In den politischen Debatten kommt die Armutbevölkerung häufig nur noch als Bedrohungspotential in dunklen Straßen und nächtlichen Innenstädten oder aber als ästhetische Belästigung in Einkaufspassagen und auf Domplätzen vor. Die bundesdeutschen Kirchen sind Teil dieser von Armut absehenden Wohlstandsgesellschaft. Deshalb tauchen weder die verfestigte Massen- und individuelle Langzeitarbeitslosigkeit, noch die Armut im Zentrum der Kirchen auf, werden also im Erfahrungsraum der Kirchen selbst gar nicht oder zumindest nur äußerst selten wahrgenommen. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung sind deshalb eher externe Sachverhalte, zu denen sich kirchliche Akteure be-

stenfalls verhalten wollen, oftmals aber auch nur verhalten müssen, weil sie von anderen Akteuren auf diese Themen hin angesprochen werden. Wie wenig diese Themen im Zentrum der innerkirchlichen Aufmerksamkeiten liegen, zeigt sich u. a. daran, daß entsprechende Veranstaltungen auf Kirchen- oder Katholikentagen auf nur geringes Interesse stoßen. Ähnlich gering ist auch die bundesdeutsche und kirchliche Aufmerksamkeit für das Schicksal derjenigen Weltbevölkerung, die aus den Prozessen globaler Integration herauszufallen drohen oder bereits herausgefallen sind.

Obgleich keine »Kirche der Armen«, haben sich die bundesdeutschen Kirchen auf die Erfahrungen der Armen und Ausgegrenzten einzulassen. Für die christlichen Kirchen steht dabei nicht nur ihr in der »Option für die Armen« ausgezeichnete Auftrag auf dem Spiel, sondern darüber hinaus auch ihre Identität als geschichtliches Sakrament des eschatologischen Heils. Mag dieser Anspruch theologisch auch überzeugend begründet sein, durch die Präsenz der Kirchen in einer ihre Armutszonen abspaltenden Wohlstandsgesellschaft wird er jedoch ernsthaft problematisiert. Erst im Widerstand gegen gesellschaftliche Spaltungsprozesse antizipieren die Kirchen dagegen die vom göttlichen Heil erhoffte geschwisterliche Gemeinschaft aller Menschen und verkörpern damit die verkündigte Gottesherrschaft. Nur indem die christlichen Kirchen also ihren Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen leisten, werden sie geschichtlich auch als Sakrament der Einheit erfahrbar, die sie in der eucharistischen Mahlgemeinschaft so eifrig feiern.

Auf diesem Wege haben sich die Kirchen zuvorderst einmal der Welt der Armen zu öffnen. Dazu müssen sie die gewohnten Räume und Selbstverständlichkeiten der Wohlstandsgesellschaft überschreiten und die gesellschaftlich ausgegrenzten Zonen der Armut aufsuchen. Mit diesem Ziel können etwa Ortsgemeinden eine lokale Ortbegehung unternehmen, die Armut in der eigenen Region entdecken, die Lebenslagen von Armen kennen- und verstehen lernen und – nicht zuletzt – mit den

Armen selbst ins Gespräch kommen. Über den eigenen Ort hinaus können sie dabei auch die Armut der abgespaltenen Weltbevölkerung zur Sprache bringen, nicht um die Armut in der Bundesrepublik zu relativieren, sondern um die gemeinsame Ausgrenzung der Armen aus dem global verfügbaren Wohlstand zu entdecken. Gefordert sind die Kirchen also, die Armut zu sichten, die bislang eher unsichtbar ist bzw. unsichtbar gemacht wird. Die »Welt der Armen« wäre also – sollten meinen Überlegungen überzeugen können – der »neue Ort«, zu dem der kirchliche Aufbruch – theologisch gesehen – lohnt.

Doch wenn entsprechendes kirchliches Engagement theologisch auch notwendig ist, soziologisch ist es eher unwahrscheinlich:

- a) Die etablierten Institutionen der bundesdeutschen Kirchen sind fest in die normale und von Armut absehbare Wohlstandsgesellschaft verankert und haben damit an deren lähmendem Desinteresse gegenüber der »Welt der Armen« teil. Etablierte Loyalitäten und bewährte Kooperationen auf allen kirchlichen Ebenen stehen überdies dagegen, den politisch notwendigen Aufbruch gesellschaftlich einzufordern. Von Hause aus sind darüber hinaus die kirchlichen Institutionen nicht flexibel und kreativ genug, die anstehenden Reformen zu denken.
- b) Mit Ausnahme kinderreicher Familien, die bei Arbeitslosigkeit ihres Haushaltsvorstandes von dauerhafter Armut besonders bedroht sind, leben die Armen in der Bundesrepublik normalerweise nicht diejenigen Lebensformen, die die amtlichen Kirchen aber projektieren und gesellschaftlich proklamieren. Armut ist vielfach sogar Konsequenz, daß die bundesdeutschen Institutionen, etwa die sozialstaatlichen Sicherungssysteme, nicht auf die veränderten Lebenslagen der Menschen Rücksicht nehmen.
- c) Vergleichsweise gut sind dagegen die Chancen, daß die bundesdeutschen Kirchen das Schicksal der aus der »one world« ausgeschlossenen Weltbevölkerung öffentlich thematisieren. Häufig sind sie nämlich in den entsprechenden Regionen dieser Welt

»zu Hause«, wenngleich ihre dortigen Vertreter und Repräsentanten die Interessen und Erfahrungen der Armen nur unzulänglich in den weltkirchlichen Gremien zur Sprache bringen. Gleichwohl bewährt sich in dieser Frage, daß beide bundesdeutschen Großkirchen in transnationalen Organisationsformen eingebettet sind und somit strukturell genötigt werden, ihre binnengesellschaftlichen Aufmerksamkeiten zumindest ansatzweise zu transzendieren.

Ohne Zweifel könnte eine **Initiative Kirche von unten** viele dieser Defizite ausgleichen und so von unten den Kirchen auf die Sprünge helfen. So steht die **IKvu** außerhalb etablierter Loyalitäten und Kooperationen, kann daher oftmals unbelasteter die »Zeichen der Zeit« zur Sprache bringen. Weil die Akteure der **IKvu** selbst häufig in amtlich ungeduldeten Lebensformen leben und häufiger als kirchliche Amtsinhaber Armutserfahrungen machen mußten, können sie sensibler die Lebenslagen der Armen erkunden und deren Interessen verstehen. Durch jahrzehntelange Internationalismusbearbeitung verfügen viele Initiativen über gute Kontakte in die Armutsregionen dieser Welt... Werden diese und andere Ressourcen in der **Initiative Kirche von unten** vernetzt und auf das Thema Armut und Ausgrenzung hin konzentriert, dann läßt sich auf diesem Wege vielleicht auch die Wahrscheinlichkeit steigern, daß die Kirchen in den politischen Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft zur »Stimme der Stimmlosen« werden, also für öffentliche Relevanz derjenigen Schicksale sorgen, die aus den gesellschaftlichen Aufmerksamkeiten herausgefallen sind.

Gleichwohl ist auch die **Initiative Kirche von unten** keine politische Initiative derjenigen Menschen, die – im Sinne einer bekannten Reportage – »ganz unten« leben müssen. Von Hause aus vertreten also auch die Akteure der **IKvu** nicht die Erfahrungen und Interessen der Armen und haben daher zunächst einmal die »Welt der Armen« zu erkunden. Insofern sie sich dazu einer fremden Welt öffnen müssen, haben die kirchlichen Basisinitiativen tatsächlich »neue Räume« aufzusu-

chen. Politisch geht es aber darum, die neu entdeckte Welt der Armen in den bundesdeutschen Großkirchen und auf diesem Wege auch in der politischen Öffentlichkeit der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft präsent zu machen. Denn nur auf diesem Wege »tauchen« die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen in den politischen Auseinandersetzungen auf, werden ihre Erfahrungen und Interessen politisch relevant. Gegen die Verdrängung der ausgruppierten Bevölkerungsteile besteht also der politische Auftrag der »Kirche von unten« vor allem darin, die »andere Seite« des Wohlstands, nämlich Armut und Ausgrenzung, in der Wohlstandsgesellschaft präsent zu machen und zu halten. In dieser Hinsicht führt das Motto »Aufbruch in neue Räume« dann allerdings zu einer falschen Strategie: Der zunehmenden Spaltung

der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft wie der entstehenden Weltgesellschaft widersteht nicht der Auszug aus den etablierten kirchlichen und gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen; vielmehr gilt es, in diesen »alten Räumen« den von Armut und Ausgrenzung Betroffenen Chancen der Artikulation zu verschaffen, also inmitten des Wohlstandes das Schicksal derjenigen relevant zu machen, die man dort nur allzu gerne vergessen würde.

Oder im Bild des lukanischen Gleichnisses: Nicht der Auszug aus dem Hause des Reichen steht an, sondern die Erzählung vom armen Lazarus und seinem Leiden bei dessen obulanten Gelage.

Dort gilt es zu verkündigen: Der Heilszuspruch Gottes ist zuvorderst eine »frohe Botschaft« für die Armen.